Die letzten Mohikaner des Realen geben auf

Posted on 13. Oktober 2024 by Peter Kern



Foto: Elke Wetzig auf wikimedia commons

Kant weist der Publizistik die Aufgabe zu, zwischen Politik und Moral zu vermitteln. Im laufenden Kant-Jahr scheint es einmal angebracht, darüber nachzudenken, wie gut die publizierte Öffentlichkeit dieser Aufgabe nachkommt. Natürlich gibt es *die* publizierte Öffentlichkeit nicht, denn wir genießen doch eine Vielfalt politischer Meinungen. Genießen wir? In der Debatte um Migration erlebt der Medienkonsument ein Meinungsmonopol, an dem sich vor allem *Die Grünen* bislang die Zähne ausbissen. Wer sich asylrechtlichen wie moralischen Standards verpflichtet fühlt, erfährt kaum publizistische Unterstützung. Der grüne Bundesvorstand scheint nun daraus zu folgern, es sei klug, sich diese Unterstützung zu erschleichen, indem man, wie die anderen Parteien auch, auf solche Standards pfeift.

Die Philosophie Kants verweist darauf: Gegenstand der Erfahrung kann nur sein, was ein Produkt des Subjekts ist. Die erste Natur ist kein Produkt der menschlichen Gattung, daher ist es unserer Vernunft nicht möglich, ihren Wesenskern zu erfassen. Die weltweite Migration ist aber nicht der ersten Natur zuzurechnen. Armut und Umweltverheerung gehen aus der Natur nicht hervor wie ein Vulkanausbruch. Sie sind, was man einmal zweite Natur genannt hat. Wäre die Menschheit ein wirkliches Subjekt und das Wort kein bloßer Hauch, der weltweiten Not ließe sich steuern. Die materiellen Güter dazu wären vorhanden, jedoch sind Wohlstand und staatliche Wohlfahrt zwischen dem Norden und dem Süden völlig ungerecht verteilt. Die Erdkugel ist in

Einfluss-Sphären aufgeteilt, und was die Bürger ökonomisch abgehängter Staaten begehren, verteidigen die der OECD-Staaten mit Zähnen und Klauen.

Lieber Realitäten leugnen als Wähler verlieren

Laut der Welthungerhilfe müssen 820 Millionen Menschen Hunger leiden. Weitere zwei Milliarden sind von Mangelernährung betroffen, weil Nahrung unzureichend und sauberes Wasser unzugänglich sind. Zehn Prozent der Menschheit leben von vier Dollar am Tag; darunter fängt gleich das Sterben an. 36 Prozent haben das Doppelte zur Verfügung, was sie der Lebensnot nicht wirklich enthebt. Neun von zehn extrem Arme werden laut Schätzung der Weltbank in wenigen Jahren auf dem afrikanischen Kontinent ihr Dasein fristen. Es sind gerade einmal 16 Prozent der Weltgemeinschaft, die in den sogenannten reichen Ländern leben, was ihnen keineswegs eine staatliche Altersvorsorge und Krankenversicherung garantiert. Dass die Flüchtlingsströme – gegenwärtig geschätzte 80 Millionen Menschen – um die Grenzen der entwickelten Industrienationen einen Bogen machen, ist so wahrscheinlich wie die Einhaltung des beschlossenen Ziels, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen.

Das seien traurig stimmende Fakten und eine stetige Aufforderung, caritativ tätig zu werden, aber kein politischem Handeln zugänglicher Tatbestand, wird der aufgeschlossene Zeitgenosse sagen. Es sei denn, einer verfechte einen völlig überzogenen, zwischen moralischem Sentiment und politisch Machbaren nicht unterscheidenden Politikbegriff. Den sogenannten Gutmenschen wird solcher Kategorienfehler – unter den Gebildeten ihrer Verächter Gesinnungsethik genannt – gerne in die Schuhe geschoben; eine merkwürdige Sottise. Was soll daran verkehrt sein, wenn man ein guter Mensch sein will?

Die Grünen, denen die Rechte, die Konservativen und Teile der Sozialdemokraten so gerne Realitätsflucht unterstellen, sind in der Parteienlandschaft die letzten Mohikaner gewesen, denn sie konfrontierten die deutsche Öffentlichkeit mit der ihr eigenen Realitätsverweigerung. Man will nicht wahrhaben, was offensichtlich ist: Die sich auf die Flucht begebenden Millionen, in der Absicht, sich in die hochentwickelten, ihnen als irdisches Paradies erscheinenden Länder durchzuschlagen, sind durch keinen Masterplan, kein Ankerzentrum und keine Drittstaatenregelung aufzuhalten. Dass dem so ist und das Wohlstandsgefälle seinen Tribut fordert, die Bevölkerungen der OECD-Staaten ahnen es. Das Gros der Parteien streut dem Wähler Sand in die Augen, und wem das Denken in Zusammenhängen zu anstrengend ist, der lässt sich dies gerne gefallen. Die von ihren Wahlergebnissen aufgeschreckten Partei zieht gerade den Schluss, Realität zu leugnen sei allemal besser als Wähler zu verlieren.

Massenmedien als Mittel der Gegenaufklärung

Wo Zusammenhänge zerrissen sind, scheinen unverständliche, von keiner Vorgeschichte verursachte, zerfaserte Ereignisreihen auf, und Nachricht reiht sich an Nachricht. Den Erfahrungszusammenhang zu vermitteln, ist in etwa das Letzte, dem sich die Massenmedien verpflichtet fühlen. Dann ist dies eben die Sache der Qualitätspresse, könnte man sich beruhigen, aber weit gefehlt. Der Gedanke, dass die weltweite Migration eine Folge der völlig ungerecht verteilten ökonomischen Ressourcen ist, darf nie auftauchen. Er darf nicht auftauchen, weil er den zweiten Gedanken unweigerlich nach sich zöge. Wenn vier Fünftel des in Kapitalwert bezifferten weltweiten Reichtums einem Prozent der Weltbevölkerung gehören, kann es nur ein politisch-ökonomisches Algebra geben, welches die Lösung der Aufgabe bringt.



Screenshot: Stern

Wer in den großen Redaktionen sein Auskommen finden will, hat das Revers unterschrieben, alles zu unterlassen, was die Kräfte des freien Warenverkehrs und des Privateigentums stören könnte. Gerne kann er mit pathetischem Tremolo über *unsere Werte* schreiben, aber die ökonomischen Wert- und Eigentumsverhältnisse darf er nicht in Frage stellen. Der Publizistik, als dem Hort der Aufklärung, hat das Bürgertum einmal seinen Aufstieg verdankt. Nachdem es kein Bürgertum mehr gibt, sind die Medien in weiten Teilen ein Mittel der Gegenaufklärung geworden. Die Presseleute sind die akkreditierten Lautsprecher der Unternehmer und posaunen deren zyklisch vorgetragene Torschlusspanik („Die Konjunktur kippt“) bereitwillig aus. Der Effekt dieser Tatarenmeldung bei den Adressaten ist immer der gleiche: Xenophobie. Steigt die Existenzangst, steigt die Wut auf die Fremden, die man beschuldigt, sich am Eigenen vergreifen zu wollen.

In der Wochenendbeilage der großen konservativen Zeitung darf es mittlerweile um Verhaltensregeln beim Analverkehr gehen, denn für prüde wollen selbst die Konservativen nicht mehr gelten. Jedoch einen Blick auf ein Jenseits der ökonomischen Verkehrsform zu eröffnen, gälte solcher Redaktion als undenkbar.

Talcott Parson hat eine das Geld und die Macht umfassende soziologische Theorie geschrieben, welche die Presse der Kategorie Macht subsumiert. Das Gemeinsame: Beides, Geld wie Macht, zirkuliere und lasse sich speichern. Dieser um geschichtliche Bestimmtheit unbesorgte Essentialismus ist wenig überzeugend und doch ist an einem Punkt etwas dran. Wer in den Medienkonzernen etwas zu sagen hat, den hat man sich vorher sehr

genau angeschaut. Bietet er die Gewähr, keinen unreglementierten Gedanken zuzulassen? Wer sich bewährt, bekommt zu seinem Gehalt einen Bonus in Form des Prestiges, ein von Parsons betonter Aspekt.

Literatur:
Talcott Parsons: Sociological Theory and Modern Society. English edition. 440 S., geb., ISBN: 978-0029242001, The Free Press 196

Unter dem Titel „Presse und Macht“ erschien der Beitrag zuerst auf Textor

- E-Mail
- teilen
- teilen
- teilen
- teilen

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein …

Abonnieren